

zu erweitern und andere dem Allgemeinwohl dienende Maßnahmen zu ergreifen. Ein sichtbares Ergebnis dieser gemeinsamen, breiten demokratischen Arbeit, die von vielen parteilosen Frauen, Mitgliedern unserer Partei und solchen der anderen Blockparteien geleistet wurde, war der Frauenkongreß der Deutschen Demokratischen Republik.

Mit der Diskussion über das neue Familiengesetzbuch und mit der Einrichtung von Ehe- und Familienberatungen hat sich der DFD stärker der Probleme der Familie in unserer sozialistischen Gesellschaft angenommen. In Haushaltsschulen unterstützt er besonders junge Menschen, sich auf die Ehe vorzubereiten. Er entwickelt eine freundschaftliche Hilfe vornehmlich für Mütter kinderreicher Familien. Durch diese konkrete und zielgerichtete Arbeit erhöhte sich die Autorität des DFD. Es ist jedoch notwendig, noch mehr zu tun, um das Leben der Frauen weiter zu erleichtern, ihnen günstigere Bedingungen zu schaffen, damit sie nach ihren Bedürfnissen stärker am geistig-kulturellen Leben unserer Republik teilnehmen können. Dem DFD ist es jedoch noch nicht gelungen, so auf staatliche Organe und dafür zuständige Funktionäre einzuwirken, daß diese Aufgabe gemeistert wird.

Der DFD hat vielen westdeutschen Frauen und zahlreichen Delegationen ausländischer Frauenorganisationen die Gelegenheit gegeben, das Leben und die Errungenschaften der Frauen in unserem sozialistischen Staat kennenzulernen. Er beteiligt sich aktiv an der Arbeit der Internationalen Demokratischen Frauenföderation und half, ihre Einheit zu festigen. Die Vorbereitung des 20. Jahrestages der Gründung des DFD unterstrich den großen Beitrag, den die einheitliche demokratische Frauenorganisation im Interesse der Frauen zum Aufbau des Sozialismus und zur Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik leistet.

VII

Der Kampf der SED

*gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus
und die Kriegspolitik der herrschenden Kreise des Finanzkapitals —
für die friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten*

Im Programm unserer Partei, das auf dem VI. Parteitag beschlossen wurde, ist eine wissenschaftlich begründete, präzise Einschätzung des Charakters der westdeutschen Bundesrepublik gegeben worden. Der westdeutsche Staat ist von den machtpolitischen Zielsetzungen des westdeutschen